

# Nordkorea: Raketen statt Getreide

Frankfurt am Main, 01.04.2014/APD Am 16. März habe Nordkorea Kurzstreckenraketen gestartet, die ins japanische Meer gestürzt seien, berichtete die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM). Das wirtschaftlich unterentwickelte Land verfüge über ein riesiges Waffenarsenal und unterhalte mit mehr als 1,1 Millionen Soldaten eine der größten Armeen der Welt. Gleichzeitig leide aber die Bevölkerung unter existenzieller Mangelversorgung und Hunger. Laut IGFM würde die staatliche Landwirtschaft noch im März 200.000 Tonnen Dünger für die diesjährige Aussaat benötigen, um die Getreideproduktion auf dem Niveau des vergangenen Jahres halten zu können. Anderenfalls drohten 2014 gravierende Ernteeinbrüche.

Mangelversorgung und Hunger stellten in Nordkorea ein Dauerproblem dar. Grund dafür seien laut IGFM die Enteignung der Bauern, die anschließende jahrzehntelange Misswirtschaft im Agrarbereich und die einseitige Verwendung der staatlichen Ressourcen zugunsten von Militär, Industrie und Prestigeprojekten. Es gebe in Nordkorea mehrere Fabriken, die Düngemittel und andere Chemikalien für die Landwirtschaft herstellen könnten, aber wegen der mangelhaften Stromversorgung, der Kohleknappheit und den Unzulänglichkeiten der staatlichen Planwirtschaft stünden in den meisten Werken die Produktion still. Zudem sei eine der größten Stickstoffdünger-Fabriken des Landes in der Stadt Hungnam, im Osten Nordkoreas, seit einer ungeklärten Explosion im Oktober 2013 außer Betrieb.

„Nordkoreas Führung ist mit militärischen Drohgebärden beschäftigt, während das Land auf eine neue Hungerkatastrophe hinsteuert“, so Martin Lessenthin, Vorstandssprecher der IGFM. Auch wenn Kim Jong-un nun offenbar Staatsunternehmen den

Befehl gegeben habe, Dünger in China und anderen Ländern der Region einzukaufen, werde Nordkorea vermutlich ausländische Nahrungsmittelhilfe und andere Hilfsgüter benötigen.

### **UN-Kommission dokumentiert „entsetzliche Gräuelt“ des nordkoreanischen Regimes**

Am 17. Februar veröffentlichte die im März 2013 eingesetzte dreiköpfige UN-Untersuchungskommission zur Menschenrechtssituation in Nordkorea ihren Bericht in Genf. Darin stellten die UN-Ermittler erstmals offiziell fest, dass Nordkorea „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ an der eigenen Bevölkerung begehe. „Was wir gesehen und bisher gehört haben – die Genauigkeit, die Details und das Schockierende der persönlichen Zeugnisse – wird ohne Zweifel Folgemaßnahmen seitens der Weltgemeinschaft erfordern sowie der Verantwortlichkeit seitens der Demokratischen Volksrepublik Korea“, betonte Michael Kirby, Vorsitzender der UN-Untersuchungskommission für Nordkorea, während der Medienkonferenz bei der Vorstellung des einstimmig verabschiedeten Berichts.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!